



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Stufenweiser Abbau der Stellensperrung für das G9
(Kap. 05 21 Tit. 422 01 – Stellenplan)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

Im Stellenplan wird in Kap. 05 21 die Sperrung der Stellen im Tit. 422 01 g) (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte), Ansparrung für neues neunjähriges Gymnasium) wie folgt formuliert:

„Von den Stellen sind 1 000 Stellen gesperrt bis zum 31.08.2022, 750 Stellen bis zum 31.08.2023, 500 Stellen bis zum 31.08.2024 und 250 Stellen bis zum 31.08.2025.“

Begründung:

Die Stellen, die für das G9 vorgesehen sind, dürfen nicht bis 2025 komplett gesperrt sein. Zum einen macht sich bereits jetzt in einigen Fächern ein Lehrkräftemangel bemerkbar, der bis 2025 noch zunehmen wird. Zum anderen ist es unwahrscheinlich, 2025 auf einen Schlag 1 000 Stellen besetzen zu können. Denn die Zahl der Referendarinnen und Referendare nimmt stetig ab und die, die ihr 2. Staatsexamen machen, suchen sich andere Stellen, wenn sie kein Planstellenangebot vom Staat erhalten und sind dann 2025 nicht verfügbar. Deshalb müssen bis 2025 jährlich 250 von den 1 000 für das G9 vorgesehenen Stellen besetzt werden.